Regierungsrat

*Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch*

Bundesamt für Verkehr BAV
3003 Bern

9. Juni 2009

Anhörung zur Revision der technischen Eisenbahnbestimmungen sowie der Verordnungen über die behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Verkehrs

Sehr geehrter Herr Direktor

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 27. April 2009 zur Anhörung zur Revision der technischen Eisenbahnbestimmungen sowie der Verordnungen über die behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Verkehrs eingeladen. Gerne kommen wir Ihrer Einladung nach und äussern uns wie folgt:

Die Revision umfasst hauptsächlich Anpassungen und Ergänzungen in den verschiedenen Bereichen der Bahnanlagen und Fahrzeugen. Aus diesem Grund haben Sie in erster Linie die schweizerischen Bahnen sowie Vertreter der Bahnindustrie zur Stellungnahme eingeladen. Wir begrüssen dieses Vorgehen, da die ebenfalls miteingeladenen Kantone nur beschränkt in der Lage sein dürften, die Revisionsvorschläge aus technischer und praktischer Sicht zu kommentieren. Wir gehen deshalb davon aus, dass sich diese Stellen ausführlich zu Ihren Revisionsvorschlägen äussern werden. Zu Ihrem Vorschlag zur Änderung der Ausführungsbestimmungen bezüglich Emissionsbegrenzung von thermischen Triebfahrzeugen (AB 2.1 Absatz 5) möchten wir uns dennoch äussern:

Die Ausführungsbestimmungen zur Eisenbahnverordnung (AB-EBV) werden hinsichtlich der Emissionen von Diesellruss bei Dieselloks ergänzt. Wir begrüssen grundsätzlich, dass Emissionsbegrenzungen für dieselbetriebene Schienenfahrzeuge in die technischen Eisenbahnbestimmungen aufgenommen werden sollen. Die schweizerischen Bahnunternehmen haben bezüglich Minderung der Diesellrusspartikel-Emissionen aus ihren Lokomotiven bereits grosse Anstrengungen unternommen. Diese gehen weit über die in der EU-Richtlinie 2004/26/EG vom 21. April 2004 geforderten Massnahmen hinaus. Der in der EU-Richtlinie definierte Stand der Technik ist aber längst überholt und wäre für die Schweiz ein Rückschritt.

Der Bundesrat hat am 19. September 2008 mit der Änderung der Luftreinhalte-Verordnung (LRV) betreffend Emissionsbegrenzung von Dieseleruss bei Baumaschinen auf Baustellen den entsprechenden Stand der Technik in der schweizerischen Umweltgesetzgebung festgeschrieben. Dieser Standard muss somit auch für Dieselmotoren in anderen Bereichen gelten. Im Rahmen der Änderung der LRV hat das Bundesamt für Umwelt die Kompatibilität mit dem EU-Recht geprüft und erkannt, dass dieses den nötigen Spielraum bietet, um im schweizerischen Umweltrecht strengere Massnahmen zur Emissionsminderung einführen zu können.

Wir haben am 16. Dezember 2008 mit der Verbindlichkeitserklärung des Solothurner Luftmassnahmenplanes diese Änderung der Luftreinhalte-Verordnung als Stand der Technik auch für andere Branchen anerkannt und das Amt für Umwelt des Kantons Solothurn beauftragt, diese neue Emissionsbegrenzung für Dieseleruss bei allen Offroad-Fahrzeugen und Offroad-Maschinen umzusetzen. Diese Fahrzeuge und Maschinen gelten im Sinne der Luftreinhalte-Verordnung als stationäre Anlagen. Diese Zuordnung gilt auch für Dieselloks, wenn diese auf firmeneigenen Schienenanlagen verkehren. Der Kanton Solothurn hat wie die übrigen Mittellandkantone das gesamte Kantonsgebiet als Massnahmenplangebiet im Sinne von Art. 44a Umweltschutzgesetz ausgewiesen.

Das Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK hat im Januar 2006 mit der Einleitung des Aktionsplanes gegen Feinstaub der nach wie vor übermässigen Luftbelastung den Kampf angesagt und auf verschiedenen Gebieten eine Verschärfung der Umweltvorschriften eingeführt, die weit über dem Standard der EU-Richtlinien liegen. Die Festsetzung der EU-Richtlinie in den Ausführungsbestimmungen zur Eisenbahnverordnung als Stand der Technik würde den Zielsetzungen des Aktionsplanes widersprechen. Wir erwarten vom Bund, dass er die aufgrund des Umweltschutzgesetzes festgelegten Massnahmenplangebiete anerkennt und im Rahmen seiner Rechtsetzung, wenn sie diese Gebiete betreffen, ebenfalls verschärfte Massnahmen zur Luftreinhaltung vorsieht. Die geplante Emissionsbegrenzung von thermischen Triebfahrzeugen ist unter diesem Aspekt zu betrachten und entsprechend umzusetzen.

Antrag zu Art. 2.1 Abs. 5 AB und Art. 2 EBV:

Auf die Übernahme der EU-Richtlinie 2004/26/EG in die Ausführungsbestimmungen zur Eisenbahnverordnung ist zu verzichten. Die Emissionsbegrenzungen von thermischen Triebfahrzeugen orientieren sich grundsätzlich an den Bestimmungen für Baumaschinen auf Baustellen gemäss der Revision der Luftreinhalteverordnung von 2008.

Zu den übrigen Revisionsvorschlägen der technischen Eisenbahnbestimmungen sowie der Verordnung über die behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Verkehrs haben wir keine Bemerkungen anzubringen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.

Klaus Fischer

Landammann

sig.

Andreas Eng

Staatsschreiber